

Elektromobilität

Weltweit ist sie der Schlüssel für klimafreundliche Mobilität und technische Innovation. Besonders in Verbindung mit regenerativ erzeugtem Strom produziert der Betrieb von Elektrofahrzeugen deutlich **weniger klimaschädliches CO₂**. Genau das ist eines unserer Hauptanliegen, weshalb die Entwicklung der Elektromobilität auch von der Bundesregierung gefördert wird.

Aktueller Stand Mitte April 2022: Auf dem Markt sind etwa 80 elektrische Fahrzeugmodelle deutscher Hersteller, die an rund 50.203 **Normalladepunkten** und 8.723 **Schnellladepunkten** in Deutschland Strom tanken können. Davon stehen 2.052 Normallade- und 359 Schnellladepunkte in **Schleswig-Holstein**. Die höchste Zahl von Ladepunkten hat Bayern mit 10.244 Normal- und 1.544 Schnellladepunkten.

Bis zum Jahr 2030 sollen **eine Million Ladepunkte** für Elektromobilität zur Verfügung stehen. Zurzeit wächst allerdings der **Bestand an Elektroautos** dreimal schneller als die öffentliche Ladeinfrastruktur. Aktuell sind 618.460 Elektroautos **mit reinem Elektroantrieb** zugelassen und 565.956 mit Plug-In-Hybrid-Antrieb, also Kombination aus Elektro- und Verbrennungsmotor. Das Modell mit den **meisten Neuzulassungen** in reinem Elektrobetrieb ist Tesla Model 3 mit 35.362 Fahrzeugen.

Der bisherige staatliche **Zuschuss für Plug-in-Hybridfahrzeuge** soll nach Plänen des Wirtschaftsministeriums Ende 2022 auslaufen – also früher als bislang geplant. Und auch die Förderung von reinen Elektroautos soll schrittweise gesenkt werden.

Ihre Kandidatin der Grünen im Wahlkreis Segeberg-Ost



Ulrike Täck

Ingenieurin, seit 2010 Professorin für Werkstoffkunde an der Technischen Hochschule Lübeck. Davor in der Schweiz tätig. Seit 2014 Mitglied der Grünen, ab 2015 Delegierte für Landesparteitag und Kreisvorstandssprecherin, ab 2018 Mitglied der Kreistagsfraktion Segeberg, in Ausschüssen für Wirtschaft und Regionale Infrastruktur.

Ich werde mich für eine sozial gerechte Energiewende einsetzen, denn Licht und eine warme Wohnung sollen ein Grundrecht für unsere Bürger:innen sein. Ich will unser Land mitgestalten und dabei die Lebensqualität der Menschen, den Schutz der Natur und des Klimas immer als oberstes Ziel haben. Der Kreis Segeberg könnte Vorreiter werden bei der Vereinigung von erneuerbarem Strom, Wärme und Mobilität. In 10 Jahren sollten es im Kreis keine Einwegverpackungen aus Plastik mehr geben und die Mülldeponien nicht weiterwachsen.

Das grüne Blatt

Kayhude, Ortsverband Alsterland



30. April 2022

Was ist Ihre Lieblingsfarbe?

Landtagswahl in Schleswig-Holstein: Und immer noch geht es um unser Klima, unsere Art zu leben, den Erhalt unserer Natur, um unser Geld, unsere Wirtschaft, unsere Gesundheit. Und unsere Zukunft in der Europäischen Gemeinschaft. Die wird seit Wochen in der Ukraine verteidigt, für uns mit, obwohl wir nicht direkt mitkämpfen. Aber wir bieten denen, die vor Gewalt und Terror flüchten müssen, eine neue Heimat bei uns. Welcher Politikerin, welchem Politiker trauen Sie zu, unser Land zwischen den Meeren in eine lebenswerte Zukunft zu führen?

Zum ersten Mal treten wir Grünen in Schleswig-Holstein mit dem Ziel an, die Ministerpräsidentin zu stellen. Wir wollen **Klimaschutz** zur Cheffinnensache machen und Klimapolitik mit sozialer **Gerechtigkeit** verbinden. Dafür steht unser grünes Spitzenduo von Monika Heinhold und Aminata Touré. Mit unserem **Sofortprogramm 2022** sagen wir, welche Maßnahmen wir sofort auf den Weg bringen wollen. **So wissen die Menschen, was sie bekommen**, wenn sie am 8. Mai Grün wählen. Erste Maßnahme: Wir richten einen Klimasachverständigenrat ein, der die Landesregierung dabei berät, bis 2035 klimaneutral zu werden. Mehr darüber auf der nächsten Seite.



Monika Heinhold

Finanzministerin in Kiel seit 2012, zunächst in der Küstenkoalition mit SPD und SSW und jetzt in der Jamaika-Koalition mit CDU und FDP. Erstmals in den Landtag gewählt wurde sie 1996. Sie hat sich als Haushälterin unseres Landes bewährt und hatte auch in Berlin für die Ampelkoalition verhandelt.



Aminata Touré

Shootingstar der Grünen, seit 2017 im Landtag und seit 2019 Landtagsvizepräsidentin. In diesem Amt ist sie nicht nur die jüngste, sondern auch die erste afrodeutsche Frau in Deutschland. Geboren wurde sie 1992 in Neumünster. Vor 2017 war sie als Mitarbeiterin im Bundestag tätig.

Das Sofortprogramm

*Wir machen **Klimaschutz** zur Chefinnensache und richten einen Klima-Sachverständigenrat ein (»Rat der Klimawissenschaften«), der die Landesregierung berät.

*Wir bauen die Hürden für große und kleine **Photovoltaik-Projekte** ab und erstellen einen Handlungsleitfaden für Bürger, Gemeinden und Verwaltungen zur schnelleren Umsetzung.

*Wir starten eine Initiative, um den **Klimaschutz in der Landesverfassung** zu verankern.

*Wir bringen ein **Mobilitätswendegesetz** auf den Weg. Dafür schichten wir die Straßenbaumittel um, wobei auch der Ausbau von Velo-Routen möglich wird.

*Wir bringen eine Bundesratsinitiative für das **Tempolimit 130 km/h** auf Autobahnen auf den Weg.

*Wir werden die Wasserstoffstrategie fortschreiben und mit unseren Partnern ein nordeuropäisches interregionales Netzwerk für **Grünen Wasserstoff** initiieren.

*Wir legen einen **Klimaschutz- und Wärmewendefonds** für die Kommunen auf, damit vor Ort konkrete Klimaschutzprojekte umgesetzt und notwendige Modernisierungsmaßnahmen unterstützt werden.

*Wir werden die Landesmittel für den Schutz der Arten zum Teil der Finanzplanung machen, denn **Artenschutz** ist neben dem Ziel der Klimaneutralität die größte Herausforderung für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen.

*Wir führen eine **Mietpreisbremse** ein und bringen ein Wohnraumschutzgesetz auf den Weg.

*Wir unterstützen die Kommunen aktiv bei Bau und Finanzierung von **bezahlbarem Wohnraum**.

*Wir werden Menschen, die dauerhaft für das Land arbeiten, wieder zu **Beschäftigten des Landes** machen und sie nach Tarif bezahlen.

*Wir werden mit einem Kita-Sofortprogramm den **Fachkräfte-Kind-Schlüssel** auf 2,5 Fachkräfte erhöhen.

*Wir werden den **Ausbau des Ganztags** an unseren Schulen zügig voranbringen und ein Rahmenkonzept erarbeiten.

*Wir bringen ein **Landesantidiskriminierungsgesetz** auf den Weg, um Menschen besser schützen zu können.

*Wir werden ein Kompetenzzentrum **gegen Gewalt an Frauen** aufbauen und Beratungsstellen und Frauenhäuser stärken.

*Wir wollen, dass der Polizeiberuf auch in Zukunft ein attraktiver Beruf ist. Dafür müssen wir **die Polizei personell und materiell angemessen ausstatten** und für den Abbau der Überstunden sorgen.

*Wir suchen den **Dialog mit Wirtschaft, Wissenschaft und Berufsschulen**, um gemeinsame Wege gegen den Fachkräftemangel zu finden.

*Wir starten eine Bundesratsinitiative für eine **vereinfachte Anerkennung von Berufsabschlüssen**.

*Wir gründen eine **Agentur für Cybersicherheit**, welche unserer vorwiegend mittelständisch geprägten Wirtschaft als Partner zur Verfügung steht.

*Wir werden die Voraussetzungen für **notwendige Zukunftsprojekte** verbessern, damit sie gut und schnell realisiert werden.

*Wir schaffen mit dem **Online-Zugangsgesetz** die Möglichkeit, alle Behördengänge digital zu erledigen.

*Wir bringen einen **Zukunftsfonds** zur Bereitstellung von Risikokapital für nachhaltige Startups auf den Weg. ♦

Was hat unser Klima mit dem Moor zu tun?

Sehr viel, denn Moore sind übrig gebliebene Zeugen einstiger Vegetationsflächen, die nach der letzten Eiszeit vor 12.000 Jahren in **hohem Wasserstand ersoffen** sind. Weil abgestorbene Pflanzenreste unter Sauerstoffausschluss nicht zersetzt werden, wachsen sie zu Torf an. Das war in früheren Zeiten Ödland, untauglich für Ackerbau und Viehzucht.

Heute sind Moore zu **95 Prozent entwässert**, abgetorft, bebaut, landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzt. Sie gelten als „tot“, aber sie haben eine wichtige Funktion, sie sind Lebens- und Rückzugsraum für bedrohte Arten und sie speichern riesige Mengen Kohlenstoff.

Doch wenn trockengelegter Torf mit Luft in Berührung kommt, wird eine Menge **gespeichertes CO₂ freigesetzt** und entweicht in die Atmosphäre. Dabei geht's nicht um Kleinigkeiten, erst seit einigen Jahren ist das volle Ausmaß bekannt: Bis zu 7 Prozent der deutschen Treibhausgas-Emissionen stammen aus trocken gelegten Moorböden.

Aus einem tief entwässerten, als Acker oder Grünland genutzten Moor werden jährlich **pro Hektar 30 Tonnen CO₂** in die Atmosphäre emittiert. Zum Vergleich: Mit einem Auto könnte man mit dieser Menge sechsmal um die Erde fahren.

Würde man den Wasserspiegel anheben, ließe sich der Zersetzungsprozess aufhalten. Diese sogenannte **„Wiedervernässung“ von Mooren** ist deshalb das Ziel von Bund und Ländern. Dabei soll nur ein Wasserspiegel von ca. 5 bis 15 cm unter der Oberfläche erreicht werden.

Jetzt zur Praxis in Kayhude und Umgebung: Mitglieder der Gemeindevertretungen von **Kayhude und Tangstedt** haben sich zusammengesetzt und ehe-

malige Moore für eine mögliche Wiedervernässung unter die Lupe genommen, z.B. in der Umgebung vom Moorhof.

Daraus hat sich im **Segeberger Kreistag** ein *Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Biologischen Klimaschutz: Wiedervernässung von Mooren* ergeben. Er wurde mit 53 von 56 Anwesenden von allen Parteien (außer AfD) mit folgendem **Beschluss angenommen**: *Auf Empfehlung des Kreisklimarats empfiehlt der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz dem Hauptausschuss und dem Kreistag zu beschließen, möglichst viele Moorflächen im Kreis wiederzuvernässen.*

Der nächste Schritt: SPD, Bündnis90/Die Grünen und Wählergemeinschaften stellen **gemeinsam im Amtsausschuss** des Amtes Itzstedt den Antrag auf *Erstellung einer Potenzialanalyse zur Erfassung und Kartierung von Flächen für den biologischen Klimaschutz zur CO₂-Reduktion durch Moorschutz und Neuwaldbildung*. Die Verwaltung möge dazu ein geeignetes Büro der Landschaftsplanung und Landschaftsökologie beauftragen. ♦

Was noch zu sagen wäre...

Von 16 im Ort aufgehängten oder gestellten Wahlplakaten der Grünen waren nach ein paar Tagen nur 7 übrig, die anderen waren abgerissen oder die Aufsteller umgekippt oder umgedreht. Wohlgemerkt: Nur von den Grünen, nicht von anderen Parteien. Hat anscheinend einigen nicht gepasst. Laut Grundgesetz (Art. 21) wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Das schließt den Wahlkampf samt Plakaten mit ein, aber auch den Respekt vor dem politisch Andersdenkenden. Ohne das geht's nicht. Nur Kaputtmachen ist dumm.